



KBV KOMPAKT

Gesundheitspolitischer Newsletter der Kassenärztlichen Bundesvereinigung
vom 19. März 2014

Aus Berlin

Regierung hält Lieferengpässe bei Arzneimitteln für undramatisch

Lieferengpässe bei Arzneimitteln sind nach Einschätzung der Bundesregierung nie von langer Dauer und führen auch nicht zwangsläufig zu Versorgungsverzögerungen. Das geht aus ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke hervor. Es komme darauf an, machte das Bundesgesundheitsministerium deutlich, die sich abzeichnenden Lieferengpässe für Medikamente und Impfstoffe frühzeitig zu kommunizieren. Das Ministerium verwies in diesem Zusammenhang auf das im April 2013 eingerichtete öffentliche Register über Lieferengpässe im Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM). Die Linkspartei warf der Regierung zuvor Untätigkeit vor und bezeichnete das freiwillige Melderegister als „unzureichend“.

[Heute im Bundestag, 18. März](#)

[Deutsches Ärzteblatt, 13. März](#)

Aus KBV und KVen

Minister Gröhe zu Gast auf der KBVMesse 2014

Im Mittelpunkt der diesjährigen Versorgungsmesse der KBV stehen die Themen Qualität, Kooperation und Diversifizierung. Rund 50 Aussteller präsentieren vom 26. bis 28. März 2014 ihre Projekte und Kooperationen. Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe (CDU) hat sich bereits angekündigt: Gemeinsam mit dem KBV-Vorstandsvorsitzenden Dr. Andreas Gassen eröffnet er am 27. März den zweiten Messtag. Zudem stehen Fachforen auf dem Programm – unter anderem zu den Themen „Qualitätssicherung in der ambulanten Versorgung“, „Praxisnetze“ oder „20 Jahre Qualitätszirkel – Bilanz und Ausblick“. Die KBV veranstaltet die Messe auch in diesem Jahr gemeinsam mit der Agentur deutscher Arztnetze. Die Veranstaltung findet im dbb forum berlin in der Friedrichstraße statt. Weitere Informationen wie das detaillierte Programm und ein Anmeldeformular stehen auf www.versorgungsmesse.net bereit.

[Pressemitteilung der KBV, 19. März](#)

Psychotherapeuten nutzen Behandlungskontingent selten aus

Eine Analyse der KBV hat ergeben, dass sich die Therapiedauer bei Psychotherapeuten nach dem individuellen Behandlungsbedarf und nicht nach den genehmigten Kontingenten richtet. Die Mehrzahl der untersuchten Patienten schloss die Behandlung sogar früher ab. Damit widerlegte die KBV Reformvorschläge der Krankenkassen, Patienten noch kürzer und schneller zu behandeln. Der Analyse zufolge erhalten 70 Prozent der Patienten eine Kurzzeittherapie von höchstens 25 Stunden, 30 Prozent bekommen eine darüberhinausgehende Langzeittherapie. Der Präsident der Bundespsychotherapeutenkammer (BPTK), Prof. Rainer Richter, begrüßte die Auswertung. Es sei aber zu prüfen, inwieweit kurze Therapien ein problematisches Ergebnis der psychotherapeutischen Unterversorgung sind, sagte er. Zudem bräuchten Psychotherapeuten

mehr Freiräume bei der Planung von Therapiedauer und -intensität. Für die Analyse wertete die KBV Abrechnungsdaten aller Kassenärztlichen Vereinigungen von rund 385.000 Patienten aus, die zwischen 2009 und 2012 in psychotherapeutischer Behandlung waren.

[Deutsches Ärzteblatt, 14. März](#)

[Pressemitteilung der BPTK, 14. März](#)

KV Rheinland-Pfalz begrüßt Zukunftsprogramm gegen Ärztemangel

Die Kassenärztliche Vereinigung (KV) Rheinland-Pfalz unterstützt das Zukunftsprogramm „Gesundheit und Pflege 2020“ ihrer Landesregierung. Mit diesem sollen Maßnahmen gegen drohenden Ärztemangel insbesondere auf dem Land getroffen werden. Das Programm basiert auf den Erkenntnissen der Versorgungsforschung der KV. Sie prognostizierte, dass bis zum Jahr 2020 voraussichtlich über 50 Prozent der derzeit praktizierenden Ärzte in den Ruhestand gehen werden. Die Landesregierung wird daher zukünftig Fördermaßnahmen an den Universitäten im Bereich der Allgemeinmedizin und Praxisgründungen finanziell unterstützen. Auch die Ausbildung von Versorgungsassistentinnen in den Hausarztpraxen soll gefördert werden. Darüber hinaus zielt das Programm auf einen weiteren Ausbau der Infrastruktur auf dem Land, um mehr Ärzte von einer Niederlassung in der Region zu überzeugen.

[Pressemitteilung der KV Rheinland-Pfalz, 17. März](#)

Aus den Verbänden

Krankenkassen fordern Einladungsverfahren zum Darmkrebscreening

Die im „Aktionsbündnis gegen Darmkrebs“ zusammengeschlossenen Krankenkassen haben sich für ein umfassendes Einladungsverfahren zum Darmkrebscreening ausgesprochen. Diese soll auch in die Regelversorgung gesetzlicher Versicherter festgeschrieben werden. 225.000 Versicherte wurden bereits zum Darmkrebscreening eingeladen. Wissenschaftliche Studien der Universität Duisburg-Essen bestätigen, dass sich dieser hohe Aufwand aus medizinischer und ökonomischer Hinsicht lohnt. Eine Früherkennung von Darmkrebs erhöht die Heilungschancen und verringert die Behandlungskosten. 28 Prozent der eingeladenen Versicherten haben einen Stuhltest angefordert. Deutlich mehr als die Hälfte von ihnen haben den Test zurückgeschickt. Bei 5,3 Prozent dieser Rücksendungen fiel ein positives Testergebnis auf.

[Deutsches Ärzteblatt, 13. März](#)

Kammer Hessen ruft zur Geschlossenheit der Ärzteschaft auf

Die Landesärztekammer Hessen hat die einheitliche Vertretung von Hausärzten, Fachärzten und Psychotherapeuten begrüßt. Sie unterstützt damit den Beschluss der Vertreterversammlung der KBV. Kammerpräsident Dr. Gottfried von Knoblauch zu Hatzbach betonte, dass eine Kooperation der Ärzteschaft über die Sektorengrenzen hinweg zu dem „obersten Ziel innerhalb der ärztlichen Selbstverwaltung“ gehören muss. Dies gelte nicht nur für die KBV, sondern auch für die Ärztekammern der Bundesländer und für die Bundesärztekammer. Wichtig sei es, sich unabhängig von der Zugehörigkeit zum ambulanten oder stationären Versorgungsbereich für die Forderungen der Ärzteschaft insgesamt und für das Patientenwohl einzusetzen.

[Deutsches Ärzteblatt, 12. März](#)